

# Fremdbestimmt, ohne Debatte

## Zur Diskussion in der SPD über die Beteiligung der Bundeswe

In dieser Woche entscheidet die SPD auf dem Parteitag in Bremen ihre Haltung zur Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelm-Aktionen der UN oder anderen militärischen Einsätzen außerhalb des NATO-Bereiches. Die Diskussion darum allein würde die Heftigkeit der Debatte nicht erklären. Mit der Entscheidung der SPD und der folgenden Entscheidung unseres Landes, der Bundesregierung und/oder des Bundestages wird auch noch über anderes, gewichtigeres entschieden:

Es wird zum Beispiel darüber entschieden, ob Krieg nicht nur als Ultima ratio, sondern als ein geläufiges schnell ergriffenes Mittel der Auseinandersetzung in der Welt betrachtet wird.

Es wird darüber entschieden, ob die neue Weltordnung auf der unantastbaren Führerschaft der USA und bei Anerkennung ihrer moralischen Unfehlbarkeit aufgebaut wird.

Es wird zugleich darüber entschieden, ob die Eigenständigkeit unseres Landes deutlich eingeschränkt bleibt.

Und es wird darüber entschieden, ob die SPD ihre eigene Politik und ihre programmatischen Vorstellungen selbst bestimmt.

Schon seit Monaten steht unser Land unter dem Druck einer initiierten Weltöffentlichkeit und einiger Partner, nun endlich ein normales Land zu werden. Dieser Druck richtet sich vornehmlich gegen die SPD, weil von ihr die dafür wirklich oder vermeintlich notwendige Grundgesetzänderung abhängig ist und die beiden anderen Parteien — CDU/CSU und FDP — ihren Diener schon gemacht haben.

Kanzler Kohl sieht die SPD international isoliert, sollte die Partei gegen Bundeswehrmissionen außerhalb des NATO-Rahmens sein und damit die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit im Bundestag verweigern. Hans-Jochen Vogel sieht eine gefährliche Isolierung der Partei. In vielen internen Diskussionen in der SPD-Fraktion und in allerlei Gremien der Partei bleibt den Befürwortern der Bundeswehrmissionen außerhalb des NATO-Bereiches dann, wenn alle anderen Argumente zerfließen, sind, immer wieder nichts als der Hinweis auf die drohende Isolierung. An die Adresse der Gegner einer Grundgesetzänderung, gewandt ist von geistiger und politischer Bequemlichkeit die Rede vom „außenpolitischen Rückzug und Ohne-uns-Mentalität“, von Außenpolitik-Unfähigkeit und anderen Worthülsern, die den Vorteil haben, so aufgeschäumt zu sein, daß sie beliebig zur Abdichtung von Argumentationslücken verwandt werden können.

Der Anpassungsdruck auf die SPD würde in den Tagen vor dem Parteitag forciert. Es wird spannend, ob die SPD dem massiven Versuch der Außensteuerung und Fremdbestimmung standhält.

Ohne Zweifel ist jede politische Partei Zwängen von außen ausgesetzt und gelegentlich zur Anpassung gezwungen. Was jedoch hier von der SPD verlangt wird, geht an die Substanz ihres Selbstverständnisses.

Es ist fern in ein weiteres Glied in einer Kette von Anpassungen der SPD-Pro

grammatik an die Zeitläufe, die in ihrer Summe die Substanz der SPD als soziale Reformpartei, als Partei des Friedens und des freien Geistes in Frage stellen:

— Die SPD hat ohne hörbares Murren der Dauermitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO zugestimmt, ohne ein Hebeichen anzubringen, das irgendwann die noch im Berliner Grundsatzprogramm gerade ein dreiviertel Jahr vorher beschlossene Absicht, die Blöcke aufzulösen, zu verwirklichen möglich macht, und ohne einen Hebel anzubringen, der eine Möglichkeit schafft, wenigstens die Belastungen, die die NATO-Zugehörigkeit mit sich bringt, mit Hilfe einer Veränderung des NATO-Truppen-Status und des Zusatzabkommens verringern zu können. Wir haben uns damit einem massiven Druck, vor allem den Wünschen der USA und anderer westlicher Partner, gebeugt. Ohne Debatte. Ohne Rückerinnerung an unsere eigenen Grundsätze. Im Kern ohne Not.

In einem Kommentar zum gerade stattgefundenen Besuch Helmut Kohls in den USA heißt es nunmehr in aller Offenheit: „Daß Bundeskanzler Helmut Kohl im Prozeß der Wiedervereinigung durchsetzte, was kaum ein Amerikaner für möglich hielt, nämlich daß Gesamtdeutschland NATO-Mitglied bleibt, das rechnet man ihm drüben bis heute als eine seiner größten Leistungen für die atlantische Partnerschaft an.“ Dieser Kommentar ist insofern begrüßenswert, als jetzt endlich nicht mehr der Eindruck erweckt wird, als sei diese so geräuschlose Weiterführung des Bündnisses trotz Wegfall des West-Ost-Konfliktes ein Erfolg für die Bundesrepublik. Wie dem auch sei, die SPD hat es versäumt, ihren eigenen Grundsätzen treu zu bleiben und wenigstens eine aufklärerische Diskussion um diesen Vorgang zu führen.

— Die SPD hat, wie die deutsche Politik und Öffentlichkeit insgesamt, aus lauter Angst vor bösen Kommentaren der westlichen Freunde ohne Murren hingenommen, daß die militärischen Einrichtungen der Alliierten in der Bundesrepublik einschließlich der deutschen Zivilbeschäftigten voll in den Krieg am Golf integriert waren. Tag und Nacht benützt wurden und noch heute jenseits des NATO-Zweckes benützt werden. Wir haben kein Thema daraus gemacht, daß Bundeswehr, Bundesbahn und Bundespost dem Krieg am Golf ihre Dienste und ihre Einrichtungen zur Verfügung gestellt haben.

— Wir machten als Gesamtpartei auch kein Thema daraus, daß der Generalsekretär der NATO, Wörner, aus einem Bündnis im West-Ost-Konflikt ein Bündnis für den Konflikt des Nordens mit dem Süden machen will und sich öffentlich darüber ausläßt.

Die Anpassung an den vermeintlichen Zeitgeist, an das, was vermeintliche öffentliche Stimmung ist, beschränkt sich nicht auf den außenpolitischen und verteidigungspolitischen Bereich:

Wir haben bei der Währungsunion einer Währungsstellung im Verhältnis 2:1 zugestimmt, die jenen in der ehemaligen DDR, die über sehr hohe Geldvermögen verfügten und diese in vielen Fällen

„Wir sind ganz schön normal geworden“, schreibt der Albrecht Müller in einem Positionspapier zum laufend. Darin fordert er die Genossinnen und Genossen zur Selbstenstärkung auf, den die Bonner Regierung auf die Sozialdemokraten ausüben: „Jetzt sollen werden, daß wir unsere Soldaten mit oder ohne UN-Kohelm weltweit einsetzen.“ Gemessen an den Aufgaben-schen Blöcke sei das „ganze Gerede von Isolierung un-ner Quatsch“. Gleichwohl hält Müller die innerparteiliche wandte Debatten zwischen den sozialistischen und s-Europas für „symptomatisch“ und schlägt den Bogen zu-änderung der Parteienlandschaft. Wir dokumentieren MÜLL

auf zweifelhafte Weise erworben haben, einen Riesenvorteil brachten. Diese Beiträge wurden vom westlichen Teil unseres Landes nicht nur zum Markt- und Kaufkraftkurs umgetauscht; wie haben denen, die viel hatten, viel, sehr viel obendrauf gelegt und damit die Vermögensverteilung in der DDR zu Lasten der Ärmere, der Systemferneren und zugunsten der Systemintegrierten verschärft. Das widerspricht dem, was Sozialdemokraten — hier wie häufig ein Synonym für Menschen mit Vernunft und Sinn für Gerechtigkeit — normalerweise propagieren. Wir haben uns einem öffentlichen Druck angepaßt.

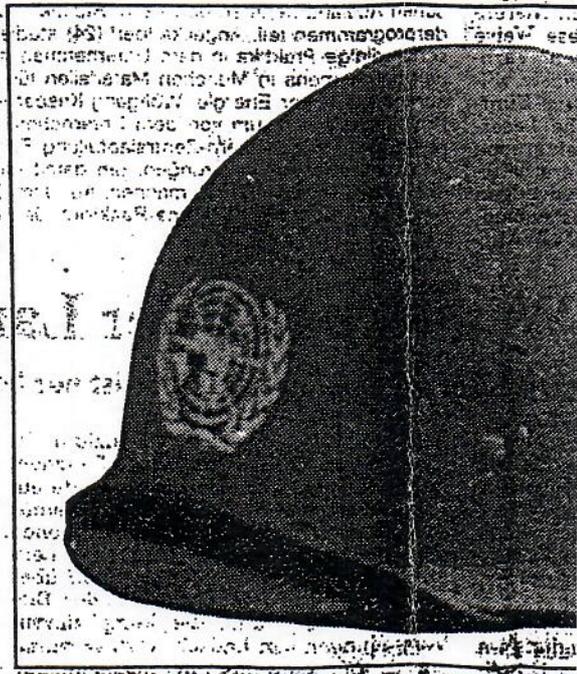
— Wir sind inzwischen auch für 100 Prozent Sonderabschreibungen für Investitionen in der DDR, obwohl dieses Vorhaben nicht nur alten sozialdemokratischen Vorstellungen von ein bißchen Gerechtigkeit in der Wirtschaftsförderung widerspricht, sondern auch ökonomisch und finanzwirtschaftlich höchst fragwürdig ist.

— Weil es Mode geworden war, Beschäftigungsprogramme und Keynes'sche Wirtschaftspolitik generell für den letzten Dreck zu halten, haben viele in den Reihen der SPD dies dann auch so gesehen und nachgesprochen (die Ironie der Ge-

schaftspoli und Groß-reale Lage Keyn'sche nicht für-sen).

— Weil de-menbruch-schen Voll-dit gerater den Anp-Meinungs-sen, nicht sprechen.

— Und wir-ig war, an-und noch-nalistische-schen Ges-haben wi-welches I-nungen ü-bringen w-wie in Ju-oder bei-Bundeslär-notwendig-nalistisch-stische In-meghly



# batte und im Kern ohne Not

## Bundeswehr an Blauhelm-Aktionen / Von Albrecht Müller

n", schreibt der SPD-Bundestagsabgeordnete  
 nter zum laufenden SPD-Parteitag in Bremen.  
 ionossen zur Selbstbesinnung gegenüber dem  
 Bonner Regierung wie weltpolitische Verände-  
 ren: „Jetzt sollen wir auch noch derart normal  
 der ohne UN-Kommando, mit oder ohne Blau-  
 helm den Aufgaben der Welt jenseits der militä-  
 rion Isolierung und Außenpolitik-Unfähigkeit rei-  
 e innerparteiliche Diskussion der SPD und ver-  
 listischen und sozialdemokratischen Parteien  
 igt den Bogen zu einer sich abzeichnenden Ver-  
 kumentieren Müllers Papier im Wortlaut.

n, schichte will es, daß nicht nur die wirt-  
 e- schaftspolitischen Mißerfolge in den USA  
 id- und Großbritannien, sondern auch die  
 an- reale Lage in den neuen Bundesländern  
 n- Keyn'sches Instrumentarium durchaus  
 r- nicht für total überaltet erscheinen las-  
 s- sen).

— Weil der Sozialismus mit dem Zusammenbruch der Mittel- und Osteuropäischen Volkswirtschaften total in Mißkredit geraten ist, haben wir im Vorgriff auf den Anpassungsdruck der westlichen Meinungsmach-Industrie gleich beschlossen, nicht mehr vom „Dritten Weg“ zu sprechen.

— Und weil es im Einheitstrubel schwierig war, auf nationale Töne zu verzichten und noch schwieriger war, den internationalistischen Teil der sozialdemokratischen Geschichte in Erinnerung zu rufen, haben wir vor lauter Jubel vergessen, welches Unglück die nationalen Gesinnungen über Europa gebracht haben und bringen werden, wenn es so weitergeht wie in Jugoslawien, in der Sowjetunion oder bei den Skinheads in den neuen Bundesländern. Es wäre heute in Europa notwendig, daß es eine starke internationalistisch gesonnene Kraft — die sozialistische Internationale zum Beispiel — gä-



be. Die SPD hat im Verlauf des Prozesses der deutschen Einheit keine Punkte gesammelt, um diese Rolle stärken zu können. Die anderen Partnerparteien tun es offenbar auch nicht mehr mit großem Engagement.

Wir sind schon ganz schön normal geworden. Jetzt sollen wir auch noch derart normal werden, daß wir unsere Soldaten mit oder ohne UN-Kommando, mit oder ohne Blauhelm weltweit einsetzen.

Daß andere sozialistische Parteien in Europa auf diese Art von Normalität drängen, ist aus ihrer Sicht verständlich, daß eine Partei in Italien, von der gesagt wird, sie habe enge Verbindungen mit den amerikanischen Geheimdiensten, es gerne hat, wenn ihre deutsche Schwester in der neuen Weltordnung des militärischen Interventionismus und der freien Marktwirtschaft unter Führung eines amerikanischen Präsidenten, der per se das Gute in der Welt darstellt, mitmacht — das ist ja wohl selbstverständlich.

Daß eine niederländische sozialistische Partei, die die Militärintervention des Westens für richtig hielt, innenpolitisch komfortabler lebt, wenn die große Schwesterpartei des Nachbarn auf gleicher Wellenlänge funkt, das ist doch wohl verständlich.

Daß die französischen Sozialisten, die als verantwortliche Regierungspartei Rüstungsprojekte und Rüstungsexport, Militärinterventionen und Geheimdienstoperationen gegen Umweltorganisationen für richtig hielt und hält, komfortabler lebt, wenn die SPD sich gegen solche Geschichten nicht sträubt, das ist doch verständlich.

Verständlich ist das alles. Dennoch kein Grund zur Anpassung an diese Art von sozialistischer Bruderschaft.

Im Gegenteil, die SPD hätte gute Gründe diese Art von Normalität abzulehnen. Es gibt nämlich auf der Welt, außerhalb des militärischen, eine Fülle von Aufgaben, die die ganze finanzielle und personelle Kraft vieler Länder in Anspruch nehmen würden: Umwelt und Hungerkatastrophen, medizinische Unterversorgung, Mangel an Know-how über wirtschaftliche Abläufe. Hier könnte unser Land seiner großen Verantwortung, seiner gewachsenen Verantwortung, von der nun alle reden, gerecht werden.

Es würde sich dabei auch erweisen: Das ganze Gerede von Isolierung und Außenpolitik-Unfähigkeit, von Macht- und Einflußverlust ist — das kann man nur drastisch ausdrücken — reiner Quatsch. Wenn Deutschland heute Macht hat, dann deshalb, weil wir da und dort wirtschaftlich und sozial vielleicht ein Vorbild sind, weil wir über Devisenreserven verfügen, weil die Deutsche Mark so leicht nicht unter Druck gerät, weil andere wirtschafts- und währungspolitisch von uns abhängig sind, weil wir gute Produkte herstellen, weil wir unsere Steuergelder nicht nur in Prestigeprojekten verbubeln, sondern teilweise wenigstens vernünftig einsetzen. Unsere Macht, und unser Einfluß folgt aus der wirtschaftlichen Stärke und unserem Know-how in der Technik. Wenn andere den militärischen Einsatz von uns verlangen, dann kann

man zunächst einmal auch auf den Verdacht kommen, sie wollen den wirtschaftspolitischen Einflußfaktor schwächen.

Die Diskussion, die es zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien um die Frage der „Normalität“ unseres Landes beim Einsatz militärischer Kräfte gibt, ist symptomatisch für eine sich abzeichnende Veränderung der Parteienlandschaft. Offenbar entwickeln sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien unter dem Druck des Konservatismus und seiner starken ideologischen Mobilisierungskraft einerseits und dem Zusammenbruch des kommunistischen, sich sozialistisch nennenden Experiments andererseits immer weiter weg von bewußt programmatischen Parteien und hin zu Parteien vom Typ der Demokratischen Partei in den USA. Wo das endet, das kann man ja in den USA beobachten: Eine inhaltlich beschränkte linke Partei bewegt als Oppositionspartei inhaltlich nicht sehr viel; als potentielle Regierungspartei scheitert sie am Zusammenspiel der konservativen Partei mit den Kräften, die über Geld und publizistische Macht verfügen, und am Zusammenspiel von Teilen der eigenen Partei mit den konservativen Kräften.

Das kann kein Modell für unser Land sein, auch nicht für Europa.

Es wäre für unser Land und für Europa ganz gut, wenn sich die SPD gerade in den Tagen dieser beiläufigen Entscheidung über die Tätigkeit der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes ihrer großen Rolle als Reformpartei, ihrer sehr positiven Erfahrungen mit der Friedenspolitik — also mit einer anderen, dem traditionell konservativen Habitus des Umgangs unter den Völkern völlig widersprechenden Politik — und ihres traditionellen guten Verhältnisses zum kritischen Geist erinnern würde. Björn Engholms Kandidatur läßt da hoffen. Er will, daß sich die SPD mehr öffnet zur Kultur und zu den Kultur-Schaffenden. Man tut ihm sicher nicht unrecht, wenn man in Europa Kultur zunächst einmal mit Aufklärung und mit kritischem Verstand und nicht zuerst mit Seifenoperen verbindet. Wenn die SPD in diesem Sinne sich für Kultur und Kultur-Schaffende weiter öffnet, dann wird sie auch wieder die Kraft sein, die kritisch analysiert, was ist, die sich nicht scheut, zu beschreiben, wie die Machtverhältnisse in unserem Land wirklich sind, die nicht stramm steht vor Männern nur deshalb, weil sie siebenstellige Summen verdienen oder eine große Kirche leiten, die bei ihren Wertungen und Entscheidungen über gesellschaftliche und politische Sachverhalte nicht zuallererst den sogenannten Zeitgeist befragt und den Finger in den Wind hält sondern fragt, was sachlich, d. h. sozial und wirtschaftlich, ökologisch und rechtstaatlich geboten ist.

Eine fremdbestimmte SPD — das ist ein Graus; eine SPD des kritischen Geistes und der gesellschaftlichen Reformen, der Rechtsstaatlichkeit und der friedlichen Nachbarschaft ist, nach wie vor unschlagbar notwendig sowieso.